

Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»

Dem Volk vertrauen? So nicht

Den SVP-Gewaltigen ist es selbstverständlich nicht entgangen, dass bereits zweimal über die Bundesratsvolkswahl abgestimmt wurde. Im Jahr 1900 wurde das Geschäft durch die sozialdemokratische und die katholisch-konservative Partei initiiert, im Jahr 1942 handelten die Sozialdemokraten im Alleingang. Beide Male der gleiche Inhalt: Erhöhung der Bundesratssitze von 7 auf 9, Volkswahl im Proporzverfahren. Die Abstimmungsergebnisse fielen ähnlich aus: Runde zwei Drittel der Stimmbürger lehnten das Begehren ab. Man darf davon ausgehen, dass die Vorlage im Juni auch im dritten Anlauf scheitern wird.

Worum es geht

Die Initianten aus der SVP wollen das vertraute Ritual der Wahl durch die eidgenössischen Räte ersetzen durch diejenige an den Urnen. Im Gegensatz zu den beiden früheren Vorlagen ist das Majorzverfahren vorgesehen. Dabei bildet die Schweiz einen einzigen Wahlkreis. Die Gesamterneuerungswahlen sollen alle vier Jahre, gleichzeitig mit den Nationalratswahlen, durchgeführt werden. Der Initiativtext garantiert der französisch- und italienischsprachigen Schweiz im Minimum zwei Sitze.

Was ist davon zu halten? Geworben wird mit Aussagen wie: «Endlich haben die Stimmbürger bei den Bundesratswahlen etwas zu sagen». Oder «Profilierte, bestandene Persönlichkeiten haben bessere Wahlchancen», und «Volkswahl bedeutet bessere Kontrolle der Macht». Weiter wird darauf hingewiesen, dass in jedem Kanton die Regierung durch das Volk gewählt werde, so sei es «Unsinn» (Zitat Toni Brunner) zu behaupten, das sei auf der Ebene des Landes nicht möglich. Wirklich?

Die politischen Auswirkungen einer Volkswahl unterliegen im Moment natürlich noch der Spekulation. Darauf kommen wir in einem nächsten Abschnitt zurück. Doch kann mit Gewissheit davon ausgegangen werden, dass Kandidatinnen und Kandidaten aus den bevölkerungsreichen Kantonen bevorzugt werden (Zürcher wählen Zürcher, Berner Berner u.s.w.), und dass die italienischsprachige Schweiz als Minderheit in der Minderheit Mühe bekunden wird, je wieder einen Bundesrat stellen zu können. Das ist staatspolitisch bedenklich.

Ein Problem ...

... das keines ist. Die Schweiz ist seit der Staatsgründung im 19. Jahrhundert mit dem bestehenden System, das auf der Welt einmalig ist, gut gefahren. Es ist nicht einzusehen, weshalb etwas, das sich während so langer Zeit bewährt hat, zu ändern ist. Ausgangspunkt der Initiative war ja die Abwahl Blochers im Jahr 2007. Das traf den Machtmenschen

hart, das kann man nachvollziehen. Auch bei anderen Gelegenheiten verliefen Wahlen keineswegs so, wie die Parteistrategen es sich vorgestellt hatten. Es darf daran erinnert werden, dass mit der Wahl von Christoph Blocher die Bundesrätin Ruth Metzler abgewählt wurde. Zeitlich weiter zurück liegen die Fälle, als die bürgerliche Parlamentsmehrheit SP Kandidatinnen oder Kandidaten verschmähten, und zwar durchwegs «profilierte Persönlichkeiten». Ältere Leserinnen und Leser erinnern sich vielleicht noch an den Schaffhauser Nationalrat Walther Bringolf, später waren auch Frauen betroffen, die Zürcherin Lilian Uchtenhagen zum Beispiel und die Genferin Christiane Brunner. Immerhin wurde der Sitzanspruch der SP nie in Frage gestellt. Siege und Niederlagen, sie gehören zu den Spielen der Demokratie. Wie jemand mit Niederlagen umgeht, verrät viel über die Person oder die Partei, welcher sie angehört.

Ein Eigentor?

Nun zu den Spekulationen über die politischen Auswirkungen der Urnenwahl. Zwar ist die SVP anteilmässig in den Parlamenten der Schweiz am stärksten vertreten. Zudem ist sie finanziell so gut dotiert, dass sie für diese Abstimmung gemäss eigener Aussage Ausgaben in der Höhe von einer Million Franken budgetieren kann. Das Problem der Partei besteht bei den Majorzwahlen: Wichtigste Personen aus der Führungsriege scheiterten bei Ständeratswahlen, Blocher und Maurer seinerzeit im Kanton Zürich, Toni Brunner im Kanton St. Gallen und Amstutz im Kanton Bern. In den Kantonsregierungen sieht es auch nicht gut aus, das bestätigt die Situation in unserem Kanton, wo die wählerstärkste Partei nur über einen Sitz verfügt. Von solchen Resultaten gehen die Planspiele aus. Hier zeigt sich eben ein Problem dieser populistischen Partei, der Mangel an Persönlichkeiten, die auch über die Parteigrenze hinweg Brücken zu schlagen vermögen. Zudem werden die beiden Sitze in den französisch- und italienischsprachigen der Schweiz voraussichtlich der Linken und der FDP zufallen. Beide Parteien werden aber auch in der Deutschschweiz punkten. So verbleiben noch drei Sitze, und darum kämpfen die SVP, die CVP und die Grünen. Diese Konstellation wird, man kann von einigen Äusserungen davon ausgehen, den Initianten langsam bewusst. Ob es sie glücklich macht? Wir jedenfalls wären weniger glücklich, wenn uns das Abstimmungsergebnis der Wahl durch das Parlament berauben würde. Die ausbleibenden Fernsehübertragungen müssten wir als einen herben Verlust empfinden. Schon nur aus diesem Grund entscheiden wir uns für ein klares Nein.

Martin Jäggi



Die SP-Kandidaturen für den Gemeinderat

Antener will es noch einmal wissen

Gemeindepräsident Bernhard Antener wird nochmals antreten. Zusammen mit Antener stellen sich auch die beiden bisherigen SP-Gemeinderätinnen Renate Strahm und Susanne Köbli für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

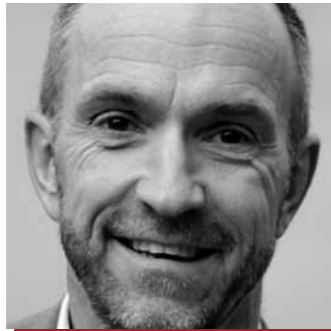
Komplettiert wird die SP-Gemeinderatsliste durch Renato Giacometti, Silvia Röthlisberger und Adrian Schranz. Mit drei Frauen und drei Männern im Alter von 36 bis 56 Jahren kann die SP sowohl geschlechter- als auch altersmässig eine gut durchmischte Auswahl präsentieren.

verteidigen versuchen. In Sachen Sitzverteilung sind verschiedene Szenarien möglich:

	SP	SVP	BDP	EVP	FDP
Szenario 1	3	3	1	1	1
Szenario 2	3	2	2	1	1
Szenario 3	2	3	2	1	1
Szenario 4	2	4	2	1	
Szenario 5	2	4	2		1

Kampf um dritten SP-Sitz

Ein Sitzverlust im Gemeinderat wäre nicht nur für die



Bernhard Antener

1958 Fürsprecher, bisher



Renate Strahm

1962 kaufm. Angestellte, bisher



Susanne Köbli

1962 lic.oec.publ., bisher



Renato Giacometti

1960 Treuhänder



Silvia Röthlisberger

1957 kaufm. Angestellte



Adrian Schranz

1977 Lehrer

Rösli fordert Antener heraus

Im Kampf ums Gemeindepräsidium fordert FDP-Präsident Toni Rösli den amtierenden Gemeindepräsidenten Bernhard Antener heraus. Ob sich aus einer anderen Partei eine Kandidatur ergibt, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. So oder so: Rösli dürfte keine Chance haben, Antener das Präsidium wegzuschnappen. Die Auswahl aus mehreren Kandidaten wird aber zu einer höheren Wahlbeteiligung führen, was der SP sicher nicht zum Nachteil gereicht.

Spannende Ausgangslage im Gemeinderat

Spannender dürfte die Wahl um die neun Sitze im Gemeinderat werden. Aktuell haben SVP und SP je drei Sitze, BDP, EVP und FDP je einen. Die SVP steigt mit dem Bisherigen Bernhard Gerber und drei Neuen ins Rennen. Bei BDP, EVP und FDP werden die Bisherigen Hanspeter Schenk, Erich Wolfensberger und Heinz Lauenstein ihren Sitz zu

SP, sondern auch für die Gemeinde Langnau fatal. Der erstarkte bürgerliche Block würde den Spardruck (noch mehr) erhöhen, eine Steuererhöhung wäre wohl für Jahre vom Tisch. Bei allem Verständnis für einen haushälterischen Umgang mit den Gemeindefinanzen: Langnau hat nicht in erster Linie ein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem. Wie der Gemeinderat in der Antwort auf die dringliche Interpellation Schranz (s. Seite 3) erklärt, würde schon ein zusätzliches Steuerzehntel jedes Jahr rund 900'000 Franken in die Gemeindekasse spülen. Wir werden deshalb (noch) stärker um unseren dritten Gemeinderatssitz kämpfen müssen, als dies schon bei den letzten Wahlen der Fall war. Das Potenzial für dreissig Prozent WählerInnen-Anteil ist in Langnau vorhanden. Entscheidend wird sein, ob es uns gelingt, unsere Wählerinnen und Wähler mit guten Inhalten und einem peppigen Wahlkampf auch tatsächlich an die Urne zu locken. Je höher die Stimmbeteiligung, desto höher sind unsere Chancen. *Niklaus Müller*

Interpellation Adrian Schranz

Sporthalle Oberfeld – ein wichtiges Grossvorhaben

Mit einer dringlichen Interpellation verlangte Adrian Schranz namens der SP-Fraktion an der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates Auskunft zu brennenden Fragen rund um die geplante Sporthalle im Oberfeld.

Nachstehend werden die Fragen des Interpellanten und die Antworten des Gemeinderates ungekürzt wiedergegeben.

Nach der letzten GGR-Sitzung erschien in der «Berner Zeitung» ein Artikel, wonach die Oberfeldhalle wohl nicht vor 2017 gebaut werden könne. Daraufhin hat Gemeindebürger Andreas Aebi eine Stellungnahme mit dem Titel «Sporthalle Langnau – subito» an Fraktionsmitglieder, Schulleitungen und Vereine mit der Aufforderung versendet, den Realisierungsdruck auf den Gemeinderat zu erhöhen. Bernhard Antener hat daraufhin nachvollziehbar dargelegt, dass in der Stellungnahme Aebi massive Falsch-aussagen gemacht wurden. Zudem wurden von Bernhard Antener finanziell relevante Sachverhalte aufgelistet, um aufzuzeigen, dass der Gemeinderat keine «fadenscheinigen Begründungen» erwähnt, um die Sporthalle nicht bauen zu müssen. Unterdessen wurden die Resultate des Architekturwettbewerbs präsentiert und die Jury hat sich aus unserer Sicht für ein zukunftsweisendes, tolles Projekt entschieden. Die Fraktion SP/Grüne hat an ihrer letzten Sitzung das Thema noch einmal ausführlich diskutiert. Dabei sind neben einigen Klarheiten weitere Fragen aufgetaucht:

● **In der Abstimmungsbotschaft im Zusammenhang mit dem Umbau Ilfishalle wurde versprochen, dass sowohl Eis- wie Sporthalle ohne Steuererhöhung realisiert werden können. Warum hat der Gemeinderat so passiv kommuniziert als absehbar wurde, dass die Sporthalle Oberfeld finanziell nicht mehr so einfach realisiert werden kann?**

Antwort des Gemeinderates: Die Botschaft des Grossen Gemeinderates an die Stimmberechtigten betreffend der Sanierung der Ilfishalle und Neubau einer Curlinganlage für die Gemeindeabstimmung vom 10. Juli 2011 wurde zu dem Zeitpunkt verfasst, als der Rechnungsabschluss für das Jahr 2010 mit einem Überschuss von 1,92 Mio. Franken (Rekord) und unbestrittenen Rekordsteuereinnahmen von 20,45 Mio. Franken bekannt wurde. Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt bekannten Zahlen erschien die Finanzierung beider Grossprojekte (Ilfishalle und Sporthalle) als möglich und für die Gemeinde Langnau verkraftbar. Der Gemeinderat hat nicht den Eindruck, dass er passiv kommuniziert hat. Er hat regelmässig auf die finanziellen Verschlechterungen hingewiesen. Zudem hat der Grosse Gemeinderat im Dezember 2011 ein Budget 2012 mit einem Defizit von 1,419 Mio. Franken und im Dezember 2012 ein Budget 2013 mit einem Defizit von

2,169 Mio. Franken verabschiedet. In den entsprechenden Unterlagen wurde deutlich auf die Gründe für die rasch eingetretenen Verschlechterungen (Steuermindereinnahmen, Kostenentwicklung der Lastenverteiler) hingewiesen. Generell muss festgehalten werden, dass die massiven Verschlechterungen innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne eingetreten sind, wie sie der Aufstellung im Anhang entnommen werden kann.

● **Der Gemeinderat hat mehrfach betont, dass er geschlossen hinter der Sporthalle steht und diese auch bauen will. Die Gemeinde Langnau hat aber in den nächsten Jahren eine strukturelle finanzielle Schwäche. Wir finden die Sporthalle zwar im Investitionsprogramm 2013-2017, im Finanzplan für den gleichen Zeitraum ist sie jedoch nicht enthalten. Warum ist dem so?**

Antwort des Gemeinderates: Es ist richtig, dass für den Gemeinderat eine neue Sporthalle (als Ersatz für die Hallen im Oberfeld und am Höhweg) eine hohe Priorität hat. Der Finanzplan zeigt jährlich auf, welche Folgen die geplanten Investitionsvorhaben auf die Gemeindefinanzen über mehrere Jahre haben. Die im Investitionsprogramm abgebildeten Vorhaben sind austauschbar und abhängig von den politischen Prioritäten. Die Finanzkommission verlangte vom Gemeinderat bei der Erarbeitung des Investitionsprogrammes 2013-2017 den Verzicht auf die Sporthalle Oberfeld, da diese nicht finanzierbar sei. Der Gemeinderat belies das Vorhaben hingegen im Investitionsprogramm, verzichtete bei der Finanzplan-Berechnung 2013-2017 aber auf eine Variantenberechnung mit Einbezug der Sporthalle ins Zahlenwerk.

● **Hat der Gemeinderat bereits Signale von Vereinen, welche sich in irgendeiner Form an der Finanzierung der Sporthalle beteiligen könnten?**

Antwort des Gemeinderates: Nein, der Gemeinderat hat bisher keine Signale zur Finanzierungsbeteiligung von Vereinen oder anderen Institutionen erhalten. Eine breit angelegte Finanzierung wurde bisher noch nicht diskutiert.

● **Wie steht der Gemeinderat zu einer temporären Steuererhöhung, damit die Halle im vorgesehenen Zeitraum gebaut werden kann?** Antwort des Gemeinderates: Sobald ein Vorprojekt der Sporthalle Oberfeld vorliegt, können die nächsten Schritte, wie Projektierung und Finanzierung, angegangen werden. Bezüglich der Finanzierung ist der Gemeinderat bereit, alle realistischen Varianten aufzuzeigen und zu diskutieren. Zur Frage einer temporären Steuererhöhung hat der Gemeinderat bisher noch keine Entscheidungen gefällt. Würde eine solche Erhöhung ins Auge gefasst, müsste reglementarisch eine Spezialfinanzierung geschaffen werden, damit die über die laufende Rechnung verein-

nahmen Zusatz-Steuereinnahmen dann auch wirklich dem Sporthalle-Vorhaben zu Gute kämen. Allerdings ist zu beachten, dass solche «Vorwegdeckungen» grundsätzlich nicht erlaubt sind. Verschiedene Gemeinden (u.a. die Stadt Biel) sind aber in der Vergangenheit diesen Weg gegangen. Ein Steuerzehntel macht in Langnau rund Fr. 900'000.00 aus. In fünf Jahren könnten damit 4,5 Mio. Franken generiert werden.

● **Beschäftigt sich der Gemeinderat auch mit der Variante, eine kleinere Halle zu bauen, welche ausschliesslich der Schule und den Vereinen dient?**

Antwort des Gemeinderates: Nein, für den Gemeinderat steht nur die Realisierung einer wettkampftauglichen Sporthalle, welche sich für die verschiedensten Sportarten geeignet, zur Diskussion. Nach Meinung des Gemeinderates sollte in Langnau nicht eine weitere «kleine» Halle gebaut werden. Eine solche würde zwar für die Schulen grundsätzlich genügen, den Vereinen aber wenig bringen. Nur in einer Dreifachhalle sind Mehrfachbelegungen möglich. Zudem würde eine kleinere Halle dem Handballclub Langnau nichts nützen. Für die 1. Liga-Frauenmannschaft braucht es bereits heute eine Ausnahmebewilligung, damit die Meisterschaftsspiele in der Halle der Sekundarschule ausgetragen werden dürfen. Zudem können Grossfeld-Unihockeyspiele nur in einer Dreifachhalle ausgetragen werden. Auch für den Fussballclub Langnau oder den Sportclub Langnau würde eine Dreifachhalle grosse Vorteile bringen. Bei der Erarbeitung des Pflichtenheftes für die neue Sporthalle war deshalb klar, dass nur eine Dreifachhalle die bestehenden Hallenprobleme würde beheben können und nur eine Halle in dieser Grösse echte Entwicklungsmöglichkeiten bieten würde.

● **Eine Halle zu bauen, welche mehreren Vereinen neue Entwicklungsmöglichkeiten bietet, erachten wir als sehr sinnvoll. Es war die Rede davon, dass die Unihockey-Tigers ihre Spiele gerne in Langnau austragen möchten. Gerade dies bereitet den Vereinen in Langnau jedoch Sorgen. Es wird davon ausgegangen, dass der Unihockey-Club viele Trainings in der neuen Halle absolvieren will. Wie steht der Gemeinderat zum Umzug der UHC-Tigers nach Langnau und wie will er das mögliche Problem der Trainingszeiten angehen?**

Antwort des Gemeinderates: Sobald über die neue Sporthalle verfügt werden kann, sind die Hallenbelegungen durch die Sportkommission mit den interessierten Vereinen zu verhandeln. Der Gemeinderat geht davon aus, dass sich verschiedenste Langnauer Vereine für Trainingszeiten in der neuen Sporthalle interessieren werden. Der Gemeinderat würde es begrüßen, wenn die 1. Mannschaft der Unihockey-Tigers (NLA) ihre Heimspiele in der Sporthalle in Langnau austragen

Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschieden, am 3. November 2013 bei den kommunalen Wahlen erneut für das Amt des Gemeindepräsidenten zu kandidieren.

Auch wenn das politische Klima in der Gemeinde Langnau in letzter Zeit rauer geworden ist und der Gemeinderat bisweilen harsch kritisiert wird – etwa im Zusammenhang mit der angespannten Lage der Gemeindefinanzen, den

Motiviert für eine sechste Amtszeit

Kontroversen um den Ortschaftsschutz oder dem weiterhin nicht umgesetzten Turnhallenprojekt – bin ich auch nach zwanzig Jahren an der Spitze der Gemeinde motiviert, Kommunalpolitik zu machen.

Ich bin überzeugt, dass ich mit meiner langjährigen politischen Erfahrung und dank meiner breiten Vernetzung in der Lage bin, gerade in diesen finanziell schwierigen Zeiten einen Beitrag zu leisten, das Schiff auf Kurs zu halten und mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten. Kontinuität in den politischen Gremien schadet im Moment nicht. Zudem ist es nicht meine Art, mich nach der Vollendung verschiedener grösserer Projekte – der Sanierung der Ilfishalle, der Einführung der Regionalkonferenz oder der Revision der Ortsplanung – aus der Verantwortung zu stellen, während andere wichtige Pläne noch auf ihre Umsetzung warten. Ich habe weiterhin Lust, neue Vorhaben in den nächsten vier Jahren zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat voranzutreiben – zur Stärkung des Regionalzentrums Langnau. Durch das Amt des Grossratspräsidenten, welches ich voraussichtlich ab kommenden Juni bekleiden darf, werde ich in der zweiten Jahreshälfte und zu Beginn der neuen Legislatur zeitlich stark beansprucht sein.

Da ich aber im März 2014 nicht mehr zu den Grossratswahlen antreten werde, kann ich mich im Fall einer Wiederwahl voll auf das Gemeindepräsidium konzentrieren.

Bernhard Antener

Dringliche Änderungen des Asylgesetzes

Die Schweiz soll humanitäres Land bleiben

Bereits seit acht Jahren debattiert das Parlament über die Revision des Asylgesetzes. Ende September 2012 verabschiedete es schliesslich die ersten Änderungen. Weil die Vorlage für dringlich erklärt wurde, trat sie bereits am darauffolgenden Tag in Kraft. Eine breite Koalition hat dagegen das Referendum ergriffen.

Die Revision zielt in erster Linie darauf ab, die Asylverfahren zu beschleunigen. Sie erlaubt, bundeseigene Anlagen und Bauten für die Unterbringung Asylsuchender zu nutzen. Das Parlament hat die Vorlage massiv verschärft. Das widerspricht der Vorstellung der SP von einer humanitären und offenen Schweiz. Die SP lehnt das neue Asylgesetz im Wesentlichen aus drei Gründen ab:

1. Abschaffung des Botschaftsverfahrens:

Die Möglichkeit, in einer Schweizer Botschaft ein Asylgesuch zu stellen, fällt mit dem neuen Gesetz weg. Das trifft vor allem die Schwächsten unter den Schutzbedürftigen: Frauen und Kinder. Jedes Jahr ertrinken Tausende beim Versuch nach Europa zu gelangen. Das Asylverfahren im Ausland ist ein geeignetes Mittel, um diese illegale Migration zu verhindern. Und weil sich die oder der Betroffene im Fall eines ablehnenden Entscheids bereits im Ausland befindet, können unmenschliche und obendrein teure Ausschaffungen vermieden werden.

2. Neudefinition des Flüchtlingsbegriffs:

Der Flüchtlingsbegriff wird neu definiert. So soll Kriegsdienstverweigerung kein Asylgrund mehr sein, sofern nicht weitere Gründe vorliegen. Da aber Deserteure in ihrem Herkunftsland um ihr Leben fürchten müssen, dürfen sie auch weiterhin nicht ausgeschafft werden («Non-Refoulement-Prinzip»). Was die Bürgerlichen machen, ist reine Scheinpoli-

würde. Bisher wurden aber von beiden Seiten keine entsprechenden Zusagen gemacht. Bezüglich allfälliger künftiger Trainingseinheiten der Unihockey-Tigers in Langnau fanden ebenfalls noch keine Gespräche statt. Es wurde auch noch nicht entschieden, ob und wie hoch die Benützungsgebühren in der neuen Halle angesetzt werden.

• Würde eine Verlegung der Heimspiele der UHC-Tigers nach Langnau die Espace-Arena Biglen in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten bringen?

Antwort des Gemeinderates: Die Espace-Arena ist eine private, kommerziell betriebene Anlage (Event Sport GmbH). Der Gemeinderat kennt die Finanzzahlen der Gesellschaft nicht. Neben Sportanlässen (Unihockey, Handball, Judo etc.) finden auch Rampenverkäufe statt. Es wurden auch schon Bar- und Pubfestivals sowie Musikveranstaltungen durchgeführt.

tik. Damit schaden sie dem Image der Schweiz und unserer humanitären Tradition.

3. Dringlichkeitserklärung des Artikels:

Das Parlament hat die Vorlage für dringlich erklärt. Damit treten die Änderungen sofort in Kraft, obwohl sich die Stimmberechtigten noch nicht äussern konnten. Das widerspricht demokratischen Grundprinzipien. Zwar ist ein Anstieg der Asylgesuche zu verzeichnen, aber von einer Notsituation kann keine Rede sein. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurden in der Schweiz insgesamt 5'759 Anträge auf Asyl gestellt. Das sind rund 10 Prozent weniger als im letzten Quartal 2012. Sinn und Zweck des Asylgesetzes ist der Schutz von Menschen, die in ihrem Herkunftsland verfolgt werden und an Leib und Leben bedroht sind. Was die Revision betrifft, fällt die Bilanz unter dem Strich negativ aus. Deshalb lehnt die SP die Vorlage ab.

Pressedienst SPS

Abstimmungsparolen

FÜR DEN 9. JUNI 2013

Bund

Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»

NEIN

Dringliche Änderungen des Asylgesetzes

NEIN

Kanton: keine Vorlagen



Was die Auslastung von Sporthallen anbelangt, so besteht im oberen Emmental nach wie vor ein Manko an Hallen und Trainingszeiten. So ist zum Beispiel die Ballsporthalle in Zollbrück an den Vorabenden und in den Abendstunden sowie an den Wochenenden voll ausgelastet. Nach aktuellem Wissenstand verfügen die Unihockey Tigers über mehrere Mannschaften und mieten gegenwärtig in mehreren Hallen in der Region Trainingseinheiten. Wie viele Einheiten nach der Realisierung der Sporthalle in Langnau stattfinden und in welchen Hallen diese wegfallen, kann durch den Gemeinderat nicht und zu heutigem Zeitpunkt durch die Verantwortlichen der Unihockey-Tigers kaum beantwortet werden. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass die Espace-Arena aufgrund des Sporthallen-Neubaus in Langnau nicht mehr ausgelastet werden könnte.



Generationentreffen

Am Fondeabend der Oberemmentaler SP-Sektionen gastierte Neo-Nationalrätin Nadine Masshardt im Langnauer Rössli. Die Energiepolitikerin wusste die SPLer mit ihren Ausführungen zu aktuellen politischen Themen und zu ihrem Einstieg in den Nationalrat zu begeistern. Auch Rosa Affolter, ältestes Mitglied der Sektion Langnau, liess es sich nicht nehmen, den Ausführungen der jungen Politikerin zu folgen und mit ihr zu fachsimpeln.

NACHRUF

Katharina Jacquat-Begert

Wir trauern um Katharina Jacquat-Begert. Sie verstarb am 9. Februar 2013 in ihrem 92. Lebensjahr im dalia Lenggen. Beinahe allen Genossen und Genossinnen war Käthi, wie wir sie nannten, ein Begriff. Sie fehlte all die Jahre an keiner Versammlung. Nur im letzten Jahr hatte sie keine Kraft mehr und fühlte sich in ihrer letzten Lebensphase im «dalia Lenggen» wie zu Hause. Käthi war Gründungsmitglied der Langnauer SP-Frauengruppe. Sie weibelte für die Rechte der Frau und insbesondere fürs Frauenstimmrecht. Warum soll eine Frau nur arbeiten und



Steuern zahlen, nicht aber stimmen und wählen können? Käthi wusste, wovon sie redete, hat sie doch ein Leben lang gearbeitet und für ihre persönlichen Rechte gekämpft. Käthi lebte die Sozialdemokratie: Sozial hiess bei ihr, die Menschen lieben und ihnen in der Not beistehen und helfen. Demokratie setzte sie in engagiertes Tun um. Bei Abstimmungen und Wahlen war sie besonders eifrig und konnte wunderbar argumentieren. Käthi hatte einen besonderen Witz. Wir wollen sie als beeindruckende Persönlichkeit im Gedächtnis behalten.

Uta Wütherich Krähenbühl

MEM-GAV Erneuerung 2013

«Wir sind die Industrie!»

«Wir sind die Industrie!» unter diesem Motto zogen am 22. September 2012 über 5000 Personen durch die Berner Innenstadt. Es war die grösste Industriekundgebung seit langer Zeit. Aufgerufen dazu hatte die Gewerkschaft Unia. Was ist der Hintergrund?

Die Schweiz ist eine Industrienation. Sie zeichnet den höchsten Industrieanteil an der Volkswirtschaft in Westeuropa weit vor z.B. Deutschland. Die Industrie trägt mit 20% des BIP dreimal mehr zum Wohlstand der Schweiz bei als die Banken. Die Schweizer Industrie ist geprägt durch eine hohe Arbeitsproduktivität, tiefe Lohnstückkosten und eine starke Innovationsfähigkeit. Damit ist sie im internationalen Vergleich äusserst kompetitiv. Das Kernstück der Schweizer Industrie ist die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM). Der Gesamtarbeitsvertrag in der MEM-Industrie ist einer der wichtigsten GAV der Schweiz. 120'000 Beschäftigte und 600 Firmen sind dem Vertrag unterstellt. Er beeinflusst weitere 300'000 Arbeitsverhältnisse indirekt.

GAV läuft Mitte 2013 aus

Die Geschichte dieses GAV ist historisch. Vor 76 Jahren wurde das Friedensabkommen in

der Maschinenindustrie unterzeichnet und damit die sogenannte Sozialpartnerschaft begründet. Von vielen Politikern und Arbeitgebern wird sie gerne als Erfolgsmodell für die Schweiz bezeichnet. Dieser Vertrag läuft Ende Juni 2013 aus. Und wie vor 76 Jahren soll Geschichte geschrieben werden. Die Unia kämpft entschlossen für Mindestlöhne für Gelernte und Ungelernte im neuen Vertrag – ein absolutes Novum in dieser Branche und ein politischer Erdbeben. Mindestlöhne widersprechen frontal der neoliberalen Denkhaltung des Arbeitgeberverbandes Swissmem.

Entsprechend hart werden die Verhandlungen geführt. Die Notwendigkeit von Mindestlöhnen in der MEM-Industrie ist eigentlich offensichtlich. Der herrschende Fachkräftemangel wird dank der Personenfreizügigkeit und dem liberalisierten Arbeitsmarkt mit ausländischen FacharbeiterInnen, mit IngenieurInnen kompensiert. Diese sind bereit zu tieferen Löhnen als ihre Schweizer KollegInnen zu arbeiten. So geraten die Löhne der Beschäftigten, vor allem die Löhne der gut und sehr gut ausgebildeten Arbeitnehmenden in der MEM-Industrie, immer mehr unter Druck. Dies führt weiter dazu, dass vor der Berufswahl stehende Ju-

gendliche immer weniger eine Perspektive in der Industrie sehen und sich anderen Berufen oder der gymnasialen Ausbildung zuwenden. Diese Entwicklung ist fatal, sind die gut qualifizierten LehrgängerInnen in der Industrie doch die Basis für die Innovationsfähigkeit der Branche und ist unser duales Bildungssystem doch der eigentliche Erfolgsfaktor der Schweiz.

Nationale Industriekundgebung

Der neue GAV in der MEM-Industrie soll den Jugendlichen bzw. allen Beschäftigten Perspektiven aufzeigen und er muss wirksamen Schutz vor Lohndruck bieten. Dies ist nur möglich mit guten Mindestlöhnen für Gelernte und Ungelernte. Dafür kämpft die Unia vehement in den GAV-Verhandlungen. Der Ausgang ist noch ungewiss. So oder so, am 28. Juni 2013 veranstaltet die Gewerkschaft Unia in Bern auf dem Bundesplatz ab 14 Uhr eine nationale Industriekundgebung zu diesem Thema. Industrie geht uns alle an, eben «Wir sind die Industrie!», deshalb nehmt alle am 28. Juni an der Kundgebung teil!

Stefan Wütherich
Gewerkschaft Unia

www.neuesicht.ch
Coaching, Supervision, Teamentwicklung, Organisationsberatung
Die gezielte Beratung im beruflichen oder persönlichen Umfeld für Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen.

Mediation
die professionelle Vermittlung in Konfliktsituationen
Ich freue mich auf Ihre Anfrage
Christina Schilt-Rutishauser
Lenggenweg 40, CH-3550 Langnau +41 79 796 66 70
c.schilt@gmx.ch

Schürch Massivmöbel
3550 Langnau, Tel. 034 402 20 37, Fax 034 402 31 17
www.martin-schuerch.ch mail@martin-schuerch.ch

Massivmöbel aus eigener Werkstatt

AURO NATURFARBEN Regionallager

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS
Lehmann
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN

BETTEN
VORHÄNGE

SCHRÄNKE
BODENBELÄGE

fuss und sein
christine schilt

DIE FUSSPFLEGE-PRAKXIS IM ZENTRUM VON LANGNAU
Nehmen Sie sich Zeit • Lassen Sie sich verwöhnen und pflegen • Sie fühlen sich erfrischt und gehen leichtfüssig • Vertrauen Sie mir Ihre Füsse an
Als dipl. Fusspflegerin biete ich Ihnen eine professionelle und wohltuende Fusspflege an.
Ich freue mich auf Ihren Anruf und auf Ihren Besuch.
Terminvereinbarung auch abends und samstags möglich
Dipl. Fusspflegerin, Dorfstrasse 25, 3550 Langnau i.E.
034 533 23 45, www.fussundsein.ch, info@fussundsein.ch

malerei

Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

Selbst eine schwere Tür hat nur einen kleinen Schlüssel nötig.
(Charles Dickens)

Abakadabra Treuhand

RENATO GIACOMETTI
Treuhandler mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abakadabra-treuhand.ch

WALTER SCHMOCKER WEINE

VINOTHEK

KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 420 56 21

Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe

Unia Region Oberaargau-Emmental:
Mühleggässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch

Gemeinsam erreichen wir mehr.

www.unia.ch, www.alk.unia.ch

Am besten, man hat selber ein Kraftwerk.

elentec
Niederhauser und Thommen GmbH
Energietechnik - Photovoltaik
Dorfstr. 5 - 3550 Langnau
Tel. 034 408 10 00
www.elentec.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener
Fansrütistrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 402 22 68
bernhard@anteners.ch
Gemeindepräsident/Grossrat

Susanne Kölbl (parteilos)
Dorfberg 554
3550 Langnau
Tel. 034 402 73 00
susanne.koelbli@dorfberg.ch
Kultur, Jugend

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser GemeinderatKommission/GremiumTelefonMail

Agathe Aschwanden	Kommission Soziale Dienste	034 402 74 02	mail@abrakadabra-treuhand.ch
Renato Giacometti	Schulkommission	034 402 32 61	joschi.lehmann@bluewin.ch
Janosch Lehmann			daniel.liniger@bkw-fmb.ch
Daniel Liniger	GPK, Planung-, Finanzkomm.	034 402 52 17	daniel.liniger@bkw-fmb.ch
Nazim Rexhepi		034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	GPK, Vorstand	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Hanspeter Zaugg	Kommission Soziale Dienste		zoggolino@sunrise.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Martin Jäggi	PR/Kommunikation	034 402 62 16	jaeggi.martin@gmx.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch www.bern.unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-------------------------------------

Impressum

links i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.

Auflage: 1100 Ex.

Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung: PUBLIFORM
Hanspeter Buholzer

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

Do 23. Mai	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
Sa 25. Mai	HV SP Frauen Kt. Bern in Bern
Mo 3. Juni	16 Uhr: Grossratspräsidentenfeier für Bernhard Antener (Musikschule Ober- emmental, Schlössli)
So 9. Juni	Eidg. Abstimmungen
Sa 15. Juni	10.15 Uhr: Parteitag SP Kanton Bern, Lyss
Mo 17. Juni	19.30 Uhr: GGR-Fraktionssitzung
Di 18. Juni	19 Uhr: Sektionsversamml. im Werkhof
Mo. 24. Juni	20 Uhr: GGR-Sitzung
Sa, 29. Juni	DV SP Schweiz
Mo. 26. August:	19.30 Uhr: GGR-Fraktionssitzung
Mo 2. September	20 Uh: GGR-Sitzung
Sa 14.-29. September	Int. Cartoon Festival

WIR GRATULIEREN

2. Juli	Zürcher Peter (83)
2. Juli	Zürcher-Fankhauser Ida (78)
24. Juli	Zaugg Hans (83)
15. August	Meyer Elisabeth (83)
17. August	Urech Max (80)

Allen Jubilaren und Jubilarinnen gratulieren wir ganz herzlich
und wünschen ihnen fürs neue Lebensjahr gute Gesundheit
und Zuversicht.

Vorstand SP Langnau


 SP